

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 29.10.2024

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Steve Kuhlmann

Frau Tanja Orłowski

Herr Stephan Richter

Herr Michael Weber

ab 17:45 Uhr

als Vertretung für Frau Bauer, bis 19:20 Uhr

SPD

Herr Melchior Fluhme

Herr Birol Keskin

Herr Markus Kollmeier

Frau Regine Weißenfeld

als Vertretung für Frau Gorsler

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmes

Herr Joachim Hood

Frau Sarah Labarbe

Frau Ruth Wegner

Vorsitzender

als Vertretung für Frau Mamerow

FDP

Herr Nick Focke

Die PARTEI

Herr Christian Loth

bis 19:20 Uhr

AfD

Herr Dr. Florian Sander

bis 19:30 Uhr

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic	Integrationsrat
Frau Iris Huber	Seniorenrat
Herr Rüdiger Klein	Psychiatriebeirat
Herr Rolf Winkelmann	Beirat für Behindertenfragen

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Herr Holger Becker	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Jakob Bergen	Büro für Sozialplanung
Frau Nora Kristin Gäbel	Büro für Sozialplanung
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent
Herr Kapriel Meser	Kommunales Integrationszentrum
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Sören Wiebusch	Stab Dezernat 5

Gäste

Frau Kirsten Hopster	AGW, als Vertretung für Herrn Paus
Herr Oliver Wittler	JBA/REGE mbH bis incl. TOP 8

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
------------------------	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

In Vertretung für Frau Gorsler begrüßt Vorsitzender Herr Hood die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zur 43. Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Bis zum Eintreffen von Herr Kuhlmann würden zwei sachkundige Bürger nicht an Abstimmungen teilnehmen.

Zur **Tagesordnung** weist Vorsitzender Herr Hood die Ausschussmitglieder auf die Unterlagen im Informationssystem hin. Im nichtöffentlichen Teil werde es unter TOP 19 eine mündliche Mitteilung geben. Die Beantwortung der Fragen zum Haushalt (TOP 14.6) werde an der jeweiligen Stelle der Haushalts-Beratung einfließen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.09.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.09.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Neuer Vorsitz im Psychiatriebeirat ab 01.12.2024

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Mitteilung des Dezernates für Soziales und Integration.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Sitzungskalender 2025

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Mitteilung des Dezernates für Soziales und Integration.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Nutzung des ehemaligen Handwerker-Bildungszentrums als Übergangsheim der Wohnungslosenhilfe

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt. Eine Aussprache hierzu sei unter TOP 13 „Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen“ möglich.

-.-

Zu Punkt 2.4 Öffentliche Toiletten

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass für die Sitzung des Seniorenrates am 26.11.2024 und die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 04.12.2024 ein Bericht des Dezernates 4 zum Sachstand in Aussicht gestellt wurde.

-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Prepaid-Bezahlkarte für Asylbewerber (Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 06.02.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

7479/2020-2025: Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 06.02.2024 und

8657/2020-2025: Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion vom 09.09.2024

Antragstext des Antrages der CDU-Ratsfraktion vom 06.02.2024 (Drucksachennummer 7479/2020-2025):

Die Verwaltung wird aufgefordert, so bald wie möglich eine Prepaid-Bezahlkarte für Asylbewerber in Bielefeld einzuführen.

Herr Copertino erläutert den Antrag sowie die Funktionsweise der Bezahlkarte und nennt Argumente, die aus Sicht seiner Fraktion für ihre Einführung sprächen. Er beschreibt das in Hövelhof angewendete Verfahren. Abschließend erklärt er für die CDU-Fraktion, dass sie dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion beitreten könne, so dass nur über dessen Beschlussvorschlag abgestimmt werden brauche.

Antragstext des Änderungsantrages der FDP-Ratsfraktion vom 09.09.2024 (Drucksachennummer 8657/2020-2025):

Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend eine Bezahlkarte nach dem Vorbild Hövelhofs für Asylbewerber in Bielefeld einzuführen.

Herr Focke schließt sich den Ausführungen von Herrn Copertino an.

Vorsitzender Herr Hood bittet die Verwaltung vor Eintritt in die Diskussion um Informationen über den Sachstand und die betroffene Personengruppe.

Erster Beigeordneter Nürnberger schildert, dass das Land NRW eine Rechtsverordnung vorbereite, die den Personenkreis sowie die Bargeldleistungen festlegen und Härtefall- sowie Datenschutzregelungen enthalten werde. Auch schaffe diese Rechtsverordnung Klarheit darüber, ob die Einführung der Bezahlkarte für die Kommunen verpflichtend sei oder freiwillig bleibe.

In Bielefeld gebe es aktuell 86 Personen im Grundleistungsbezug (innerhalb der ersten 36 Aufenthalts-Monate). Sollte die Bezahlkarte auch für die übrigen Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG eingeführt werden, wären 329 Personen betroffen.

Noch gebe es keine Schnittstelle zur verwendeten Sozialhilfesoftware. Aus Sicht der Verwaltung schaffe die Bezahlkarte keine Entlastung. Aus seiner Sicht handele es sich um eine politische Bewertungsfrage.

In der anschließenden Diskussion äußern sich Herr Eilmes, Herr Fluhme und Frau Adilovic ablehnend, Herr Focke, Herr Dr. Sander und Herr Copertino zustimmend zur Einführung einer Bezahlkarte.

Abschließend lässt Vorsitzender Herr Hood über den geänderten Antrag der CDU, der im Wortlaut dem Änderungsantrag der FDP entspricht, abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend eine Bezahlkarte nach dem Vorbild Hövelhofs für Asylbewerber in Bielefeld einzuführen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Aufklärungskampagne für anonyme und vertrauliche Geburten - gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke vom 16.10.2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8866/2020-2025

Antragstext des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke vom 16.10.2024 (Drucksachennummer 7479/2020-2025):

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur verstärkten zielgruppenspezifischen Öffentlichkeitsarbeit für die anonyme und vertrauliche Geburt zu ergreifen. Dabei sollen die vorgeschlagenen Materialien und Informationsquellen (Drs.-Nr. 8152/2020-2025) ergänzt und optimiert werden. Die Kosten für diese Aufklärungskampagne sollen aus dem laufenden Haushalt finanziert werden.

Herr Kollmeier bringt den gemeinsamen Antrag ein und begründet ihn.

Herr Copertino erklärt die Zustimmung seiner Fraktion.
Vorsitzender Herr Hood stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur verstärkten zielgruppenspezifischen Öffentlichkeitsarbeit für die anonyme und vertrauliche Geburt zu ergreifen. Dabei sollen die vorgeschlagenen Materialien und Informationsquellen (Drs.-Nr. 8152/2020-2025) ergänzt und optimiert werden. Die Kosten für diese Aufklärungskampagne sollen aus dem laufenden Haushalt finanziert werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Sachstand und Weiterentwicklung der Diamorphin-Praxis in der Nahariyastraße

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die Beschlussfassung zu der Kooperationsvereinbarung mit der MEDIKUS-Gruppe, vertreten durch Herrn Dr. Plattner, im Juli 2024. Zwischenzeitlich gebe es die Absicht eines Betreiberwechsels. Der potentielle neue Betreiber, Herr Morkel, sei anwesend und könne sich dem Ausschuss vorstellen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt für die Verwaltung, dass sie aufgrund der bisher geführten Gespräche dem Betreiberwechsel positiv gegenüberstehe. Es sei zu begrüßen, dass dann der inhaltlich und wirtschaftlich Verantwortliche aus Bielefeld komme und das örtliche Suchthilfesystem aus eigener Mitwirkung kenne. Daher schlage die Verwaltung den Gremien vor, die Kooperationsvereinbarung in der bisherigen Fassung mit Herrn Morkel abzuschließen. Auch die weiteren Beteiligten, die Drogenberatung Bielefeld e.V. und das Evangelische Klinikum Bethel, könnten sich die Zusammenarbeit mit Herrn Morkel gut vorstellen.

Da niemand etwas dagegen einwendet, begrüßt Vorsitzender Herr Hood Herrn Morkel und bittet ihn, sich dem Gremium vorzustellen.

Herr Robert Morkel ist Facharzt für Neurologie. Er sei derzeit beschäftigt im ärztlichen Dienst von Bethel.regional. Dort liege seine Zuständigkeit bei Patienten mit Suchterkrankungen aus dem Bielefelder Süden, von denen viele auch eine Substitutionsbehandlung bekämen. In das örtliche Suchthilfesystem sei er eingebunden durch einen engen Austausch mit den niedergelassenen Ärzten, den Kolleg*innen aus dem Drogenqualitätszirkel und den Suchtberatungsstellen sowie mit der Akutpsychiatrie von Gilead 4.

Frau Weißenfeld, Frau Wegner und Herr Copertino äußern sich positiv zur vorgestellten Entwicklung. Vorsitzender Herr Hood bedankt sich bei Herrn Morkel und verweist auf die spätere Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil.

-.-.-

Zu Punkt 6

Zwischenevaluation zum Bielefelder Ausbildungsfonds

Vorsitzender Herr Hood begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wittler. Er berichtet über die Aktivitäten des Bielefelder Ausbildungsfonds in 2024 mittels einer Präsentation. Diese steht als **Anlage 1** zu TOP 6 der 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Die nächste Berufsinformationsbörse „Startklar!“ finde am 14.02.2025 statt und werde als Campus auf einer größeren Fläche als bisher geplant. Als Zeitfenster für eine nächste Nacht der Berufe biete sich 17 bis 21 Uhr an. Die vom Moderationsteam gesicherten Ergebnisse des Bielefelder Ausbildungsgipfels würden den Teilnehmenden im November zur Verfügung gestellt.

Herr Wittler nimmt die Anregung von Herrn Winkelmann mit, auch Personen anzusprechen, die in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung tätig sind. Er beantwortet Fragen der Anwesenden. Es gibt mehrere Wortbeiträge, die den Wunsch nach einer künftig stärkeren Teilnahme der Gymnasien ausdrücken.

-.-.-

Zu Punkt 7

Weiterführung der „Berufsinformationsbörse“ und der „Nacht der Berufe“ in 2025 und 2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8853/2020-2025

Auf Nachfrage von Herrn Weber bestätigt die Verwaltung, dass die für die Weiterführung der Veranstaltungen in 2025 und 2026 benötigten Haushaltsmittel i. H. v. 70.000 Euro bereits im Haushaltsplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für den Stab des Dezernates Soziales und Integration eingeplant seien.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 8853/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bielefeld Klimaneutral 2030 - Vorschlag zur Umsetzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8328/2020-2025

Beigeordneter Herr Adamski führt in die Thematik ein. Die Umsetzung des Maßnahmenkatalogs stehe unter dem Vorbehalt der abschließenden Entscheidung über den Haushalts- und Stellenplan. Klimaneutralität sei eine Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft, hierfür würden insgesamt ca. 8 Milliarden Euro benötigt. Die Vorlage definiere Maßnahmen, die dazu beitragen, die Stadtgesellschaft und die Verwaltung zu informieren und zu sensibilisieren.

Herr Wittler informiert über den Steckbrief Nr. 4.2.1.2. Ausbildungsinitiative für Klimaschutzberufe. Hierfür könnten das Zahlenmaterial aus dem Ausbildungsreport 2023 und die Erfahrungen aus dem Klima-Tag „make it green“ zugrunde gelegt werden.

Frau Weißenfeld begrüßt die Vorlage inhaltlich und verweist wegen der Finanzierung auf die abschließenden Haushaltsberatungen. Herr Eilmes fragt nach Schwerpunkten bei den Klimaberufen und wie mit Bewerber*innen-Überhängen umgegangen werden sollte. Herr Wittler stimmt ihm zu, dass eine Ausweitung von Ausbildungsplatzkapazitäten wünschenswert sei, aber auch das „Matching“-Problem gelöst werden müsse, welches es hier genauso wie in anderen Ausbildungsbereichen gebe.

Herr Copertino erläutert, dass sich seine Fraktion enthalten werde, da sie sich bereits im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz enthalten habe, weil dort ihren Änderungswünschen nicht gefolgt worden sei.

Vorsitzender Herr Hood weist vor der Abstimmung darauf hin, dass der Beschlussvorschlag bereits den Vorbehalt der Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss enthalte. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss votiere inhaltlich vor allem für das REGE-Projekt im Dezernat 5.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. die Steckbriefe des Aktionsplans der Stadtverwaltung „Bielefeld Klimaneutral 2030“ der Kategorie 1 „Steckbriefe mit gesicherter Finanzierung“ werden als Sofortprogramm zur Kenntnis genommen. Die Maßnahmen werden bei schon begonnenen Maßnahmen in 2025/26 fortgeführt, noch nicht begonnene Maßnahmen werden umgesetzt (siehe Anlage).**
- 2. über die notwendigen zusätzlichen Finanz- und/ oder Personalstellen für die Umsetzung der folgenden Steckbriefe der Kategorie 2 „Steckbriefe mit teilweise gesicherter Finanzierung“ und der Kategorie 3 „Steckbriefe mit nicht gesicherter Finanzierung“ im Rahmen der Haushaltsberatungen 2025/26 zu entscheiden (siehe Anlage). Die Beschlussempfehlungen stehen im Rahmen der Etatberatungen wegen der nicht gedeckten Positionen unter Finanzierungsvorbehalt und werden zur finalen Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2025/2026 verschoben:**

**a. Steckbrief Nr.: 2.2.2.1. Klimafreundliche Gewerbebe-
bietsentwicklung mit Fokus auf Bestandsgebiete**

Benötigte zusätzliche Mittel 2025:	Sachkosten 10.000 € + Personalkosten 58.500 € (WEGE mbH)
------------------------------------	--

- Benötigte zusätzliche Mittel 2026 ff.: Sachkosten
20.000 € +
Personalkosten
78.000 € (WEGE
mbH)
- b. Steckbrief Nr.: 2.3.1.1 Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohngebäuden**
- Benötigte zusätzliche Mittel 2025 ff.: Sachkosten
150.000 € +
Personalkosten
60.000 € (Umwelt-
amt)
- c. Steckbrief Nr.: 2.3.1.2 Zielgruppenspezifische Beratung und Unterstützung von privaten Gebäudeeigentümer*innen**
- Benötigte zusätzliche Mittel 2025 ff.: Personalkosten
60.000 € (Umwelt-
amt)
- d. Steckbrief Nr.: 4.2.1.1. Vernetzung der Unternehmen fördern**
- Benötigte zusätzliche Mittel 2025: Sachkosten
10.000 € +
Personalkosten
58.500 € (WEGE
mbH)
- Benötigte zusätzliche Mittel 2026 ff.: Sachkosten
20.000 € +
Personalkosten
78.000 € (WEGE
mbH)
- e. Steckbrief Nr.: 4.2.1.2. Ausbildungsinitiative für Klimaschutzberufe**
- Benötigte zusätzliche Mittel 2025: Sachkosten
25.000 € +
Personalkosten
36.375 € (REGE
mbH)
- Benötigte zusätzliche Mittel 2026 ff.: Sachkosten
25.000 € +
Personalkosten
49.500 € (REGE
mbH)

f. Steckbrief Nr.: 4.2.1.3. Konzept zur Unternehmensansiedlung & Förderung von Start-Ups (Energiebranche)

Benötigte zusätzliche Mittel 2025:	Sachkosten 10.000 € + Personalkosten 58.500 (WEGE mbH)
Benötigte zusätzliche Mittel 2026 ff.:	Sachkosten 20.000 € + Personalkosten 78.000 € (WEGE mbH)

g. Steckbrief Nr.: 1.1.1.1. Freiflächen PV auf stadteigenen Flächen realisieren

Eine Einschätzung zusätzlicher Bedarfe kann zurzeit noch nicht konkret benannt werden und erst nach der positiven Prüfung weiterer Freiflächen erfolgen.

h. Steckbrief Nr.: 2.1.1.1. Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand

Vorbehaltlich politischer Entscheidungen und vorbehaltlich der Beratungen zum Wirtschaftsplan des ISB könnten neue Maßnahmen begonnen werden, die entsprechend der bestehenden Beschlusslage zum Bauprogramm momentan in der Kategorie 3 geführt werden und dementsprechend zeitlich bisher geschoben worden sind.

3. die Steckbriefe der Kategorie 4 „Steckbriefe, die zurzeit nicht umgesetzt werden können“ zunächst zurückzustellen.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Humanitäre Gynäkologische Sprechstunde

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8831/2020-2025

Frau Harmsen berichtet über den Prozess, der zu der Beschlussvorlage geführt hat. Ausgehend von der Bedarfsanzeige des MediNetz Bielefeld habe das Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Sozialamt das Konzept erarbeitet. Es gebe einen Hilfe-Bedarf von ca. 30 Frauen pro Monat. Die Finanzierung erfolge für die nächsten zwei Jahre aus Mitteln des ÖGD-Paktes.

Frau Weißenfeld, Frau Wegener, Frau Adilovic und Herr Fluhme begrüßen das niederschwellige Angebot, das eine Versorgungslücke schließt und bedanken sich insbesondere bei MediNetz für die geleistete Arbeit.

Herr Copertino äußert die Zustimmung seiner Fraktion und verweist auf die Evaluation nach einem Jahr, um über eine weitergehende Finanzierung entscheiden zu können. Herr Sander begrüßt das Angebot und kündigt seine Zustimmung an.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich abschließend bei allen beteiligten Ehrenamtlichen und Institutionen und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt eine Humanitäre Gynäkologische Sprechstunde ab dem 01.01.2025 einzurichten und diese zunächst für 2 Jahre vorzuhalten.
- 2.) Der Aufnahme von insgesamt 1,3 VZÄ Mehrstellen kw 2027 in den Stellenplan 2025/2026 des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes wird zugestimmt.
- 3.) Dem mit den unter 2.) verbundenen Personalaufwand von 79.500,- € wird zugestimmt. Zur Deckung des Personalmehraufwandes werden in entsprechender Höhe ÖGD-Fördermittel aus dem 4. Förderaufruf ÖGD-Pakt beantragt. Es wird von einer vollumfänglichen Förderung ausgegangen.
- 4.) Der Finanzierung der Sachkosten der Humanitären Gynäkologischen Sprechstunde durch einen Betrag von 20.000,- € aus dem Integrationsbudget wird zugestimmt.
- 5.) 20.000 € investive Ausstattungskosten für Behandlungszimmer werden dezernatsintern im Dezernat 3 gedeckt.
- 6.) Die Verwaltung hat nach einem Jahr über die Arbeit der Humanitären Gynäkologischen Sprechstunde zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Präventiver Hausbesuch (Beschluss des Seniorenrates vom 22.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8072/2020-2025/1

Frau Huber erläutert die Motivation des Seniorenrates für seinen Antrag. Der Seniorenrat trete dem geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung bei.

Frau Wegner und Herr Weber danken dem Seniorenrat und regen an, dass die Hausbesuche unter Einbeziehung des vorhandenen Engagements von Ehrenamtlichen und Institutionen unterstützt werden und die Besuchten auf die unterschiedlichsten Angebote für ältere Menschen in ihrer Umgebung hingewiesen werden sollten.

Frau Krutwage erläutert, dass ein zweistufiges Verfahren angedacht sei. Die rund 3.000 Menschen sollten alle angeschrieben werden und auf ihre

Teilhabe- und Informationsmöglichkeiten hingewiesen werden. Für den Überblick über die Hinweise und Angebote solle eine Seite auf bielefeld.de erstellt werden. Die Initiative für einen Hausbesuch müsse dann von den Angeschriebenen selbst ausgehen in Form einer aktiven Rückmeldung.

Als Modellprojekt sei in drei Stadtbezirken vorgesehen, den betreffenden Personen einen verbindlichen Termin für einen Hausbesuch anzubieten und damit Erfahrungen zu sammeln.

Frau Huber betont, dass es wichtig sei, die Menschen zu erreichen, die von sich aus nirgendwo hingingen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Abweichender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1. ein Konzept zu entwickeln, wie alle Bielefelder*innen anlässlich ihres 75. Geburtstages mit einem Glückwunschsreiben verbunden mit Informationen über bestehende Angebote für ältere Menschen in Bielefeld erreicht werden können.**
- 2. in Kooperation mit den Partnern im Bielefelder Modell in drei Stadtteilen modellhaft einen präventiven Hausbesuch für Bielefelder*innen, die das 75. Lebensjahr erreicht haben, einzuführen. Dabei sind die vorhandenen Ressourcen für Quartiersarbeit und pflegeergänzende Strukturen zu nutzen.**
- 3. die Wirkung des präventiven Hausbesuchs zu evaluieren.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Ergebnisse der Prüfung, ob die Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher*innen bei der Stadt Bielefeld vorteilhaft sein könnte (2. Lesung)**

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem TOP 11.1 behandelt.

Zu Punkt 11.1 **Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher*innen bei der Stadt Bielefeld (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 04.09.2024) (2. Lesung)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8498/2020-2025 und

Drucksachennummer: 8644/2020-2025/1

Frau Beier teilt mit, dass es in der Koalition noch Beratungs- und Abstimmungsbedarf gebe und wünscht daher eine Zurückstellung der Entscheidung. Die Anwesenden sind mit damit einverstanden.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Finanz- und Personalausschuss besonders, basierend auf den Erkenntnissen der Informationsvorlage 8498/2020-2025, eigene Gebärdensprach-dolmetscher*innen bei der Stadt Bielefeld zu beschäftigen.

- vertagt-

-.-.-

Zu Punkt 12

Ergebnisse der Prüfung, ob eine interne Lösung für Leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld vorteilhaft sein könnte (2. Lesung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8499/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 8499/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 12.1

Implementierung einer internen Lösung für Leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 04.09.2024) (2. Lesung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8645/2020-2025/1

Frau Weißenfeld begrüßt die vorgeschlagene Lösung inhaltlich. Die Entscheidung stehe unter dem Vorbehalt, dass die Finanzierung noch in den Abschlussberatungen zum Haushalt beraten werde.

Abweichender Beschluss:

Auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss **vorbehaltlich der Abschlussberatungen im** Finanz- und Personalausschuss besonders, basierend auf den Erkenntnissen der Informationsvorlage 8499/2020-2025, eine interne Lösung für Leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld zu implementieren.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen (2.Lesung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8478/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger knüpft mit einer Präsentation an seine Ausführungen zu TOP 10 in der 41. SGA-Sitzung am 10.09.2024 an. Die Präsentation steht als **Anlage 2** zu TOP 13 der 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Überlegungen für eine Anlaufstelle im Bahnquartier und einer mobilen Übergangslösung. Er betont, dass die Ratsgremien und die Bezirksvertretung rechtzeitig einbezogen würden, wenn sich Vorhaben verdichteten. Abschließend geht er kurz auf Vorschläge zur Positivbelebung der Plätze und Orte und neue Planungsansätze zur Bewältigung der sozialen Herausforderungen bei der Wohnraumversorgung ein. Er bittet um ein erstes Feedback und um den Beschluss der Testphase für die 90/10- Regelung der Nutzung des Drogenkonsumraumes.

Herr Weber hätte die Informationen gerne bereits im Vorfeld der Sitzung erhalten. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet ihm, dass es sich um eine tagesaktuelle Aktualisierung zur Informationsvorlage Drucks.-Nr. 8478/2020-2025 handele. Die Verwaltung sei damit einem Auftrag des HWBA gefolgt und wolle den SGA auf den gleichen Informationsstand wie den HWBA bringen. Die Situation sei durch die verstärkte Aktivität der Polizei verändert und die Anfrage bei der Deutschen Bahn gerade gestellt worden.

Herr Weber meint, ein Konzept für die Gestaltung und Nutzung des Geländes vom Bahnhof bis zum Willi-Brandt-Platz und darüber hinaus zum Ostmannturmviertel sei seit langem überfällig. Die Aufenthaltsqualität solle für alle Nutzer verbessert werden und dabei müssten sowohl ihre Interessen als auch die der Anlieger und Eigentümer berücksichtigt werden. Dies könne durch ordnende Maßnahmen wie z.B. Satzungen oder die Gestaltung von öffentlichem Verkehrsraum auf Privatgelände geschehen. Er kündigt das Interesse und die Mitwirkung seiner Fraktion bei der Konkretisierung der vorgestellten Überlegungen an.

Frau Weißenfeld begrüßt die Vorstellung der Überlegungen. Sie hält es für notwendig, dass sich jetzt die Politik mit den Details beschäftige und dabei auch den Fußweg zwischen Drogenberatungsstelle und Bahnhof einbeziehe. Für diese Diskussion benötige es Zeit.

Frau Beier verweist auf die Berichte der Streetworker und die bisherigen Informationen. Diese würden jetzt durch mögliche Verortungen konkretisiert, die unter dem Vorbehalt stünden, dass eine Umsetzung zuerst in den zuständigen Gremien thematisiert werde. Sie begrüße, dass es weitergehe.

Herr Kuhlmann ist im Hinblick auf die beteiligten Gremien der Auffassung, dass sich die Stadt oft selbst im Weg stehe. Er bittet darum, dass es zu

zeitnahen und konkreten Verbesserungen im Bahnhofs- und Stadthallen- und Umfeld komme. Er zweifelt an der Umsetzbarkeit von baulichen Maßnahmen, da er von anderen Stellen der Verwaltung höre, dass solche vor der ca. 2030 angestrebten kompletten Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes nicht machbar seien.

Herr Eilmes dankt für die konkreten Planungen zur Entschärfung der Nutzungskonflikte. Er bedankt sich auch bei den Streetworkern. Herr Eilmes gibt zu bedenken, dass die Hygieneprobleme ungelöst bleiben könnten, wenn die vorgesehenen Aufenthaltsorte der Szene zu weit auseinandergezogen und die Toilettenwege zu lang würden. Möglicherweise entstünden dann zwei Parallelorte, die nicht voneinander profitierten.

Herr Copertino betont, dass die Bezirksvertretung Mitte und die zuständigen Ratsgremien vorher informiert werden müssten und dass in der heutigen Sitzung keine Beschlüsse zu den vorgestellten Überlegungen gefasst würden.

Herr Dr. Sander verweist auf den Beschluss des HWBA, den die Verwaltung umgesetzt habe. Er befürchte, dass die Problematik nur von der „Tüte“ in einen anderen stark frequentierten Bereich der Innenstadt verschoben würde. Seiner Ansicht nach werde die Präsenz der Szene verstärkt, nicht gemindert.

Herr Hood fragt nach dem weiteren Zeitplan und der Beteiligung Dritter für die vorgestellten Planungen. Dazu antwortet Erster Beigeordneter Nürnberger, dass eine Unterstellmöglichkeit mit urbaner Möblierung relativ schnell realisiert werden könne. Wie lange die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn dauern würden, sei ein Unsicherheitsfaktor. Zum Thema „Wohnen“ gebe es demnächst ein Gespräch im Verwaltungsvorstand, dies bleibe sicher eine längerfristige Aufgabe bis in die nächste Sitzungsperiode hinein.

Vorsitzender Herr Hood bittet darum, die Präsentation dem Sozial- und Gesundheitsausschuss kurzfristig über das Gremieninformationsportal zur Verfügung zu stellen.

Auf Nachfrage von Herrn Hood teilt Herr Focke mit, dass er keinen weiteren Gesprächsbedarf zum TOP 2.3 habe.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8478/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 13.1 "Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen" - Antrag des Psychiaterbeirates zur Drucks.-Nr. 8478/2020-2025 vom 25.09.2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8776/2020-2025/1

Herr Klein teilt mit, dass der Psychiaterbeirat die Informationsvorlage 8478/2020-2025 inhaltlich sehr begrüßt habe und die 90/10- Regelung zur

Öffnung des Drogenkonsumraums auch für Nicht-Bielefelder*innen fachlich für sinnvoll halte und unterstütze.

Herr Copertino teilt mit, dass seine Fraktion weiterhin den Zugang zum örtlichen Suchthilfesystem nur für Bielefelder*innen favorisiere, dem Antrag des Psychiatriebeirates aber trotz Bedenken zustimmen werde, weil dadurch erst einmal nur eine Testphase eröffnet würde. Die Evaluierung solle abgewartet werden.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes lässt Vorsitzender Herr Hood über den Antrag des Psychiatriebeirates abstimmen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Psychiatriebeirates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, auch die unter I. Nr. 2 formulierte Maßnahme zeitnah umzusetzen, damit die Testphase beginnen kann.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 14 Haushaltsplanberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026 (2. Lesung)

Zu Punkt 14.1 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8354/2020-2025

Beantwortung von Fragen zum Doppelhaushalt 2025/2026 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die vorliegende schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass die finale Entscheidung über die Implementierung eines Gesundheitsmanagers/einer Gesundheitsmanagerin (vgl. Drucksachenummer 7697/2020-2025 und Niederschrift der SGA-Sitzung vom 14.03.2024) in den Abschlussberatungen zum Haushalt getroffen werde.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten für die Jahre 2027 bis 2029 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.02.05, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03, 11.07.04, 11.07.05 wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen 2025** der

Produktgruppe	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.02.03 Lebensmittelüberwachung	136.839 €	2.562.997 €	2.426.158 €
11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz	19.602 €	699.085 €	679.483 €
11.02.05 Fleischhygiene	50.005 €	47.403 €	-2.602 €
11.07.01 Gesundheitsförderung	645.208 €	2.930.531 €	2.285.323 €
11.07.02 Gutachten/Stellungnahmen	396.096 €	526.258 €	130.162 €
11.07.03 Gesundheitshilfe	256.173 €	3.097.256 €	2.841.083 €
11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz	2.262.440 €	3.194.995 €	932.555 €
11.07.05 Medizinische Ausbildung OWL	0 €	26.800 €	26.800 €
Summen	3.766.363 €	13.085.325 €	9.318.962 €

, den **Teilergebnisplänen 2026** der

Produktgruppe	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.02.03 Lebensmittelüberwachung	136.839 €	2.593.578 €	2.456.739 €
11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz	19.602 €	710.176 €	690.574 €
11.02.05 Fleischhygiene	50.005 €	48.022 €	-1.983 €
11.07.01 Gesundheitsförderung	627.885 €	3.030.873 €	2.402.988 €
11.07.02 Gutachten/Stellungnahmen	395.922 €	535.129 €	139.207 €
11.07.03 Gesundheitshilfe	255.968 €	3.149.837 €	2.893.869 €
11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz	2.262.206 €	3.248.312 €	986.106 €
11.07.05 Medizinische Ausbildung OWL	0 €	26.800 €	26.800 €
Summen	3.748.427 €	13.342.727 €	9.594.300 €

sowie den **Teilfinanzplänen A und B 2025** der

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.02.03 Lebensmittelüberwachung	0 €	1.000 €	1.000 €
11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz	0 €	1.000 €	1.000 €
11.07.01 Gesundheitsförderung	0 €	308.500 €	308.500 €
11.07.02 Gutachten/Stellungnahmen	0 €	16.000 €	16.000 €
11.07.03 Gesundheitshilfe	0 €	1.500 €	1.500 €
11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz	0 €	2.000 €	2.000 €
Summen	0 €	330.000 €	330.000 €

und den **Teilfinanzplänen A und B 2026** der

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.02.03 Lebensmittelüberwachung	0 €	1.000 €	1.000 €
11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz	0 €	1.000 €	1.000 €
11.07.01 Gesundheitsförderung	0 €	305.000 €	305.000 €
11.07.02 Gutachten/Stellungnahmen	0 €	19.500 €	19.500 €
11.07.03 Gesundheitshilfe	0 €	1.500 €	1.500 €
11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz	0 €	2.000 €	2.000 €
Summen	0 €	330.000 €	330.000 €

wird zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Dem **Stellenplan 2025/2026** für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wird auf Grundlage des Haushalts- und Stellenplanelntwurfes in Ergänzung der Mehrstellen gemäß Ziffer 3 b) des Begründungsteils zugestimmt.
4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.02.05, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03, 11.07.04 und 11.07.05 für den Haushaltsplan 2025 wird zugestimmt.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

-.--

Zu Punkt 14.2 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für den Stab des Dezernates Soziales und Integration

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8549/2020-2025

Vorsitzender Herr Hood wiederholt, dass die Nacht der Berufe 2025 und 2026 sowie die Berufsinformationsbörse Startklar 2026 in den Haushaltsansätzen enthalten seien.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Doppel-Haushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten für die Jahre 2027 bis 2029 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung - Dezernat Soziales und Integration	2025	76 €	508.118 €	508.042 €
	2026	0 €	516.493 €	516.493 €
11.05.05 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld	2025	2 €	9.029 €	9.027 €
	2026	0 €	9.214 €	9.214 €
11.05.06 REGE mbH	2025	2 €	2.396.885 €	2.396.883 €
	2026	0 €	2.538.820 €	2.538.820 €
Summen	2025	80 €	2.914.034 €	2.913.954 €
	2026	0 €	3.064.527 €	3.064.527 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung – Dezernat Soziales und Integration	2025	0 €	2.500 €	2.500 €
	2026	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Dem **Doppel-Stellenplanentwurf 2025/2026** für den Stab des Dezernats 5 – 095 – wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 14.3
und 14.3.1**

**Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt
2025/2026 für das Kommunale Integrationszentrum (170)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8463/2020-2025 und
Drucksachennummer: 8463/2020-2025/1

Frau Adilovic bemängelt, dass die Beratungsfolge nicht eingehalten werde. Es gebe seitens des Integrationsrates noch Fragen und Klärungsbedarf für die morgige Sitzung des Gremiums.

Vorsitzender Herr Hood erläutert, dass der Integrationsrat und der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat den Beschluss dieser Haushaltsvorlage unabhängig voneinander empfehlen könnten, da evtl. Abweichungen in den Abschlussberatungen behandelt würden. Hiergegen gibt es keine Einwände, so dass Vorsitzender Herr Hood abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Doppelhaushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten für die Jahre 2027 bis 2029 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.27 „Kommunale Integrationsarbeit“ wird zugestimmt.
2. Dem Teilergebnisplan der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.27 Kommunale Integrationsarbeit	2025	906.064,23 €	2.652.057,91€	1.745.993,68 €
	2026	906.064,23 €	2.682.609,34 €	1.776.545,11 €

und dem Teilfinanzplan A

Produktgruppe	Haushaltsjahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.27 Kommunale Integrationsarbeit	2025	0 €	1.500 €	2.500 €
	2026	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe 11.01.27 für den Haushalt 2025/2026 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf** 2025/2026 der Produktgruppe 11.01.27

wird unter Berücksichtigung der als Anlage 3 beigefügten Gesamtveränderungsliste 2025/2026 zugestimmt.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 14.3.2 **Angekündigte Kürzungen der Mittel im Bereich Integration im Landeshaushalt 2025- Auswirkungen auf integrationspolitische Maßnahmen der Kommune**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8854/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 14.3.3 **Übernahme der Mitgliedschaftskosten in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus durch das Kommunale Integrationszentrum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8462/2020-2025 und

Drucksachennummer: 8462/2020-2025/1

Frau Weißenfeld stellt für die Koalition fest, dass sie die Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) für wichtig ansehen. Die Entscheidung über die Finanzmittel hierfür solle in den Abschlussberatungen zum Haushalt getroffen werden.

Über diesen Antrag lässt Vorsitzender Herr Hood abstimmen.

Beschluss:

Die Entscheidung über den Sachverhalt wird in die Haushaltsberatungen verschoben.

- einstimmig bei einer Enthaltungen an Ausschuss o.a. verwiesen (GeschO-Antrag) -

Zu Punkt 14.4 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8543/2020-2025 und
Drucksachennummer: 8543/2020-2025/1

Frau Beier fragt nach der Ursache für die erheblichen Veränderungen der Ansätze bei der Hilfe zur Pflege und Pflegewohngeld. Hierzu antwortet Herr Linnenbürger, dass sich mit dem zweiten Tertialsbericht gezeigt habe, dass sowohl die Fallzahlen stark angestiegen seien, als sich auch der durchschnittliche Aufwand pro Fall deutlich von 640 auf 793 Euro erhöht habe. Es gebe hier nur eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten der Kommune.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten für die Jahre 2027 bis 2029 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden:

Produktgruppe	Haushaltsjahr	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliches Ergebnis
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2025	2.493 €	138.299 €	0 €	135.806 €
	2026	2.404 €	140.776 €	0 €	138.372 €
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	2025	90.887.473 €	142.682.697 €	0 €	51.795.224 €
	2026	91.271.061 €	144.100.122 €	0 €	52.829.061 €
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	2025	76.618.866 €	102.677.584 €	12.000 €	26.046.718 €
	2026	78.861.575 €	105.394.007 €	12.000 €	26.520.432 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	2025	15.882.246 €	91.596.168 €	0 €	75.713.922 €
	2026	15.844.338 €	93.209.042 €	0 €	77.364.704 €
Gesamtergebnis Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	2025	183.391.078 €	337.094.748 €	12.000 €	153.691.670 €
	2026	185.979.378 €	342.843.947 €	12.000 €	156.852.569 €

Die Gremien empfehlen die Bereitstellung des Budgets.

Die vorstehenden Ergebnisse liegen im Jahr 2025 um 4.404.370 € und im Jahr 2026 um 4.978.442 € (wie Veränderungsliste) über dem Verwaltungsentwurf, sind insofern in dieser Höhe nicht gedeckt und werden daher zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2025/2026 verschoben.

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der nachstehenden Produktgruppen wird zugestimmt:

Produktgruppe	Haushaltsjahr	investive Einzahlungen	investive Auszahlungen	Ergebnis
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	2025	51.000 €	114.100 €	63.100 €
	2026	51.000 €	114.100 €	63.100 €
Gesamtergebnis Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	2025	51.000 €	114.100 €	63.100 €
	2026	51.000 €	114.100 €	63.100 €

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

5. Dem **Doppel-Stellenplan** 2025/2026 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird **mit der folgenden Ergänzung** zugestimmt:

Aufnahme einer zusätzlichen 0,6-Stelle im Rahmen der vertraglich geregelten und zu 100 % refinanzierten Aufgabenwahrnehmung „Beauftragte Stelle“ mit dem LWL ab 01.01.2025

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.5 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für das Büro für Sozialplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8501/2020-2025 und

Drucksachennummer: 8501/2020-2025/1

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten für die Jahre 2027 bis 2029 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Dem **Teilergebnisplan** der

Produktgruppe	Haus- halts- jahr	mit ordentli- chen Erträgen	mit ordentli- chen Aufwen- dungen	<i>Ergebnis (Budget)</i>
11.01.31 Integrierte Sozialpla- nung u. Prävention	2025	83.517 €	4.447.286 €	4.363.769 €
	2026	81.517 €	4.700.160 €	4.618.643 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haus- halts- jahr	Investive Ein- zahlungen	Investive Aus- zahlungen	<i>Ergebnis (Budget)</i>
F0_0131 Integrierte Sozialpla- nung u. Prävention	2025	0 €	29.000 €	29.000 €
	2026	0 €	29.000 €	29.000 €

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe 11.01.31 für den Doppelhaushalt 2025/2026 wird zugestimmt.
4. Dem **Doppelstellenplan** 2025/2026 für das Büro für Sozialplanung wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten Veränderungsliste mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.6 Beantwortung von Fragen zum Doppelhaushalt 2025/2026 für die Ämter im Dezernat 5

Zu den Antworten der Verwaltung gibt es keine Rückfragen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die vorliegenden schriftlichen Antworten der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 15 Bedarfseinschätzung der stationären Versorgung in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8779/2020-2025

Frau Gäbel erläutert zum Wunsch von Herrn Weber, die Stadtteile konkret zu benennen, in denen das Angebot zu gering sei, dass die Ergebnisse auf der Pflegekonferenz am 27.11.2024 diskutiert würden, um auch qualitative Bedarfe zu konkretisieren. Im Mai 2025 werde die Pflegebedarfsplanung vorgestellt. Zudem sei der Anspruch nicht erfüllbar, den stationären Pflegeplatz in dem Stadtteil zu gewährleisten, in dem die Person zuvor gewohnt habe. Der Anspruch sei, auf jeden Fall eine Versorgung im Stadtgebiet zu sichern.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 16 **Berichterstattung „Open Sunday“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8653/2020-2025

Frau Wegner würdigt die Anfänge und die erfolgreiche Verbreitung des Projektes. Ihr ist die Verlässlichkeit der kommunalen Finanzierung und das Engagement der vielen Junior-Coaches und Übungsleiter*innen wichtig. Sie bittet um die Weiterverbreitung des Spendenaufrufes.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 17 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Krutwage berichtet zum Sachstand verschiedener Prüfaufträge:

- Bezüglich des Azubi-Wohnheims stehe das Dezernat 5 im Austausch mit dem Baudezernat.
- Zu den Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber*innen gebe es zur Zeit eine Abfrage bei einigen Trägern als potentielle Arbeitgeber.

Herr Eilmes fragt nach dem Sachstand des Antrages zum Runden Tisch für Bielefelder Aus- und Weiterbildungsinitiativen („Kölner Modell“, Drucksachennummer 8157/2020-2025). Hierzu wird in der nächsten Sitzung berichtet.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

-.-.-

Gez.

Joachim Hood
(Vorsitz)

Gez.

Britta Zimmermann